



Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) auf einer Müllhalde am Stadtrand von Accra (Ghana).
BILD: DPA

Wenn deutscher Müll in Afrika verrottet

Entwicklungsminister fordert sofortiges Verbot von Plastiktüten und stellt dabei Alternativen zur Abfallbeseitigung vor



VON BERNHARD JUNGINGER
politik@suedkurier.de

Berlin – Damit weniger Müll aus Deutschland in Entwicklungs- und Schwellenländer gelangt und dort die Umwelt verschmutzt, fordert Bundesentwicklungsminister Gerd Müller ein schnelles Verbot von Plastiktüten. Der CSU-Politiker sagte: „Das Verbot von Plastik-Strohhalmen genügt nicht. Deutschland sollte nicht auf Europa warten und Einweg-Plastiktüten sofort verbieten.“ Er verwies auf das Beispiel einiger afrikanischer Länder, in denen Plastiktüten bereits verboten sind. „Was Ruanda, Kenia und Uganda können, müssen wir auch schaffen.“

Müller gab in Berlin den Startschuss für eine neue, internationale Abfall-Allianz, der bislang 30 Firmen, Forschungseinrichtungen und Organisationen angehören. Darunter sind etwa Nestlé und Coca-Cola, der Grüne Punkt, mehrere Universitäten und der Umweltschutzverband WWF. Partner sind zudem die Staaten Indonesien und Ghana. Das Bündnis trägt den englischen Namen „Prevent“, was „Verhindern“ bedeutet. Zu verhindern, dass Müll überhaupt erst entsteht, ist eines der Kernanliegen der Allianz. Zwei Milliarden Tonnen Müll entstehen nach seinen Angaben weltweit im Jahr, bis 2050 könnten es 70 Prozent mehr sein. Denn in Entwicklungs- und Schwellenländern näherte sich das Müllaufkommen dem der westlichen Länder an. Der Plastikmüll im Meer werde sich verzehnfachen, bis 2050 mehr Plastik als Fisch in den Ozeanen schwimmt. Auf seinen Reisen habe

er Slums gesehen, in denen die Menschen inmitten von Plastikmüll lebten, Flüsse und Strände voller Abfall. Müller berichtete von zwei Besuchen im afrikanischen Ghana, wo sich die größte Elektroschrotthalde der Welt befindet, auf der Tausende von Menschen im und vom Müll lebten. „Kinder brennen Plastik von Kabeln und Computergehäusen für ein paar Kilo Kupfer. Die Folge sind giftige Dämpfe und verseuchte Böden.“ Zu den Hauptabnehmern deutschen Plastikmülls zählte bislang China, dort wurde der Wertstoff zu Granulat geschreddert und neu verarbeitet. Doch im vergangenen Jahr stoppte Peking die Einfuhr. „Es kann nicht unser Ziel sein, den Müll nun einfach in andere Länder wie Malaysia zu schicken“, sagte der Entwicklungsminister.

Deutschland, so Müller, müsse auch andere Länder mit seinem Wissen in Sachen Abfallwirtschaft unterstützen. In Schwellen- und Entwicklungsländern würden bislang nur vier Prozent der Abfälle wiederverwertet, in entwickelten Ländern rund 30 Prozent. Das Entwicklungsministerium fördere deshalb weltweit Projekte zur Wiederverwertung und Entsorgung. Auf der erwähnten Deponie für Elektroschrott in Ghana helfe Deutschland dabei, die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Mehrere Tausend junge Menschen würden zu Verwertungsfachleuten ausgebildet. Im Kampf gegen das weltweite Müllproblem könne deutsche Technologie eine wichtige Rolle spielen, dies wiederum biete die Chance, dass in vielen Ländern Arbeitsplätze entstehen.

Das lesen Sie zusätzlich online



Warum die Chinesen genug von deutschen Plastikflaschen haben:
www.sk.de/9567669

NACHRICHTEN

DIÄTEN

Abgeordnete erhalten nun über 10 000 Euro

Die Diäten der Bundestagsabgeordneten steigen zum 1. Juli erstmals auf mehr als 10 000 Euro. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) hat die automatische Anhebung formal in Kraft gesetzt. Danach erhöht sich die zu versteuernde Abgeordnetenentschädigung um 303,19 auf 10 083,45 Euro im Monat. Die Diäten der aktuell 709 Abgeordneten im Deutschen Bundestag werden jeweils zur Jahresmitte entsprechend der allgemeinen Lohnentwicklung angepasst. (dpa)

RECHTSEXTREMISMUS

Ermittlungen noch gegen 17 hessische Polizisten

Wegen des Verdachts auf rechtsextremistische Betätigung wird jetzt noch gegen 17 hessische Polizisten ermittelt. Das teilte Landespolizeipräsident Udo Münch im Innenausschuss des Wiesbadener Landtags mit. Ursprünglich war gegen 38 Personen ermittelt worden. Sechs von ihnen seien bereits entlassen oder gekündigt worden, sagte Münch. In 14 Fällen habe sich der Verdacht auf strafrechtliches Vergehen nicht bestätigt, und ein weiterer Verdächtiger sei inzwischen bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen. In den übrigen 17 Fällen werde intensiv weiterermittelt. (epd)

AFD

Zahlungen an Höckes Kreisverband ungeklärt

Der Kreisverband des Thüringer AfD-Chefs Björn Höcke muss sich erklären. Ein Sprecher der Bundestagsverwaltung teilte mit: „Die Bundestagsverwaltung prüft den Rechenschaftsbericht der AfD aus dem Jahr 2017, auch mit Blick auf das sogenannte Kyffhäusertreffen.“ Laut Redaktionsnetzwerk Deutschland sollen Teilnehmerbeiträge und Spenden für dieses Treffen auf ein Konto des Kreisverbands Nordthüringen-Eichsfeld-Mühlhausen eingezahlt worden sein. (dpa)

GIPFELTREFFEN

Staatschefs versichern gegenseitige Solidarität

Mit einem Gipfel zwei Wochen vor der Europawahl haben die EU-Staats- und Regierungschefs versucht, ein Zeichen der Geschlossenheit zu setzen. In einer in Rumänien verabschiedeten Erklärung sicherten sie zu, sie wollten „vereint durch dick und dünn gehen“ und sich „in Notzeiten untereinander solidarisch zeigen“. Es müsse klar werden, dass die Europäer trotz ihrer „politischen Unterschiede“ daran glaubten, „dass das gemeinsame Handeln besser ist“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel. (AFP)

„Abschiebungen sind rechtens“

CDU-Innenpolitiker Thorsten Frei dringt auf Migrationsgesetze aus einem Guss. Dazu gehören auch konsequente Abschiebungen, sagt der Fraktions-Vize im Gespräch

Die SPD und Arbeitsminister Hubertus Heil arbeiten am Gesetz mit einem langen Namen – dem Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz. Sie haben Einwände, warum?

Wir lehnen das Gesetz nicht umfassend ab. Wir kritisieren, dass es dazu führt, dass Menschen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, in den Genuss von Integrationsmaßnahmen und Sprachförderung kommen. Deswegen muss man aufpassen, dass diese Regelung nicht das aushöhlt, was das Geordnete-Rückkehr-Gesetz von Horst Seehofer anstrebt – nämlich die Ausreisepflicht durchsetzen.

Dann widersprechen sich doch beide Gesetze?

Die Gefahr besteht. Wir müssen im parlamentarischen Verfahren darauf achten, dass alle Migrationsgesetze, die derzeit auf dem Tisch liegen, zusammenpassen. Heute habe ich im Bundestag gesagt, dass eine gelingende Zuwanderungspolitik zweierlei berücksichtigt: Die Einwanderung von Fachkräften aus Drittstaaten soll besser und leichter werden. Als Kehrseite der Medaille tun wir alles, dass jene in die Herkunftsländer zurückgebracht werden, die kein Recht zum Bleiben haben. Nur dann ist das Paket in sich schlüssig und gesellschaftlich akzeptiert.

Warum wagt die große Koalition nicht gleich den großen Wurf – und packt ein Einwanderungsgesetz an, das alles Wichtige regelt?

Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz machen wir einen ganz großen Schritt nach vorn. Es ist notwendig, dass wir den Rechtsrahmen nicht nur für Akademiker, sondern auch für diejenigen öffnen, die mit einer qualifizierten Berufsausbildung zu uns kommen. Dafür entfällt beispielsweise die Begrenzung auf die Engpassberufe. Außerdem wollen wir die Prozesse zum Beispiel durch raschere Berufsankennungen beschleunigen. Dabei dürfen wir aber keineswegs das bestehende Arbeitskräftepotenzial in Deutschland außer Acht lassen, das derzeit nicht in Arbeit ist. Für uns gilt die Prämisse: Menschen, die kommen, müssen in den Arbeitsplatz einwandern und nicht ins Arbeitsamt.

Deutschland schafft es bisher nicht, jene Menschen abzuschicken, die abgeschoben werden sollen.

Das ist richtig. 2018 hatten wir erstmals die Situation, dass mehr Abschiebungen gescheitert als gelungen sind. 28 000 Menschen wurden im vergangenen Jahr außer Landes gebracht, bei 31 000 konnte dies nicht durchgesetzt werden. Davon haben sich 8000 Menschen am entscheidenden Tag ihrer Abschiebung entzogen.

Zur Person



Thorsten Frei, 45, stammt aus Bad Säckingen und wurde als junger Mann zum Oberbürgermeister von Donaueschingen gewählt. Seit

2013 sitzt der Jurist für den Wahlkreis Schwarzwald-Baar im Bundestag. In Berlin befasste er sich zunächst mit Außenpolitik. Seit fünf Monaten ist er einer der Vize-Vorsitzenden der Unionsfraktion mit Schwerpunkt Innere Sicherheit. Er wohnt mit seiner Familie in Donaueschingen. (uli)

Was wollen Sie tun, um den Missstand zu beheben?

Wir müssen den Ausreisegewahrsam praxistauglicher ausgestalten. Die Polizei muss die Ausreise durchsetzen und sollte dafür die notwendigen Instrumente an die Hand bekommen. Zum Beispiel soll sie Menschen in Ausreisegewahrsam oder Sicherungshaft nehmen können. Damit wird verhindert, dass die Leute am Abschiebetag untertauchen und die Polizei vor einer leeren Wohnung steht.

Woher können das die Betroffenen wissen?

Offensichtlich wird das Datum zuvor weitergegeben, und zwar unter der Hand. In Flüchtlingsräten oder Helferguppen werden die Daten über die Netzwerke verbreitet. Das ist nicht akzeptabel, denn Abschiebungen, ein hoheitlicher Akt also, werden damit unterlaufen.

Die Flüchtlingsräte handeln doch in guter Absicht...

...aber man muss es einmal klar sagen: Es geht um die Durchsetzung von geltendem Recht. Sehen Sie, bei uns leben 240 000 Menschen, die ausreisen müssten und das auch wissen. Aber sie tun es nicht. Das lässt mir keine Ruhe. Wenn es eine Ausreisepflicht gibt, muss diese auch durchgesetzt werden. Dazu kommen noch 280 000 Menschen, die aktuell vor das Verwaltungsgericht ziehen und dort gegen den ablehnenden Bescheid klagen.

Der Gang vor Gericht ist teuer. 280 000 Verfahren. Wie finanzieren die Asylbewerber das?

Es ist kein Strafverfahren, sie benötigen also keine Anwälte. Und dann gibt es die Prozesskostenhilfe. Sie ist wahrscheinlich die größte Sozialleistung in Deutschland. Auch viele Deutsche könnten sich den Gang vor Gericht mit einem Anwalt gar nicht leisten, wenn es die Prozesskostenhilfe nicht gäbe.

FRAGEN: ULI FRICKER

Das lesen Sie zusätzlich online



Das sagen Firmen aus der Region zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz:
www.sk.de/9997542

STANDPUNKT

Gradmesser für das Absurde



Das „Trump-Risiko“ lässt die Börsen hyperventilieren. Gymnasialisten demonstrieren fürs Klima und gegen schwereres Mathe-Abitur.

VON OSWALD METZGER

Ein eherner Leitsatz auf dem Börsenparkett lautet: „Politische Börsen haben kurze Beine.“ Seit Donald Trump gilt das nicht mehr. Der US-Präsident sorgt mit seinen Twitter-Nachrichten regelmäßig für gewaltige Marktbewegungen an den Weltbörsen, ob mit seinen jüngsten Strafzoll-Verschärfungen gegen China oder auch mit konkreten Attacken auf deutsche und japanische Autobauer. Die Neue Zürcher Zeitung

schrieb jüngst vom „Trump-Risiko“ und fragte: „Wer will schon sein Portfolio den limbischen Twitter-Stürmen Trumps aussetzen?“

Die Irrationalität eines egomanen Präsidenten scheint inzwischen gar den Einfluss der Notenbanken zu toppen, die mit ihrer ultralockeren Geldpolitik seit Jahren Aktien und Vermögenspreise hausieren lassen. Wenn eine Notenbank zur geldpolitischen Normalität zurückkehren will, wie es die US-Notenbank in den vergangenen zwei Jahren eingeleitet hat, dann entfaltet nicht nur die Politik einen gewaltigen Druck, vorgeblich aus Sorge um die Konjunktur, in Wahrheit eher wegen der steigenden Zinsen für die immensen Staatsschulden, sondern auch die Märkte gieren nach billigem No-

tenbankgeld und Staatsanleihenkäufen der Zentralbanken. Denn alles, was die Renditen für „sichere“ Staatspapiere senkt, lässt Billionen von Anlegerliquidität in die Finanzmärkte fließen und treibt dort die Kurse.

Einen Gradmesser für das Absurde liefert ein Index, der „Bloomberg-Barclays-Global-Aggregate-Negative-Yield-Index“. Im vergangenen Jahr ist das Volumen von ausstehenden Anleihen in Europa, die eine negative Rendite aufweisen, um ein Fünftel auf 10 000 Milliarden Dollar geklettert. Als Anleihen mit einer negativen Rendite vor rund zehn Jahren erstmals auf den Markt kamen, hielten das die meisten für eine vorübergehende Anomalie aufgrund der Finanzkrise. Doch die Illusion ist längst geplatzt. Wer heute

dem Staat Geld leiht, erhält dafür häufig keine Zinsen mehr, sondern muss dafür sogar bezahlen. Für die im Vergleich zu Unternehmensanleihen große Ausfallsicherheit wird so eine Art Zusatz-Steuer fällig. Besonders bemerkenswert: Noch vor Jahren sahen viele Investoren den Euro als Währung vor dem Aus. Doch jetzt bezahlen Anleger Geld dafür, dass sie Deutschland, aber auch Frankreich Euro-Anleihen abkaufen dürfen. Die Finanzwelt ist aus den Fugen geraten.

Auch an der Bildungsfront regiert die Irrationalität. Unter dem Applaus der breiteren Öffentlichkeit schwänzen Zehntausende von Schülern Freitag für Freitag den Unterricht, um für eine bessere Klimapolitik zu demonstrieren. Aktuell schreiben Zehntausen-

de von Gymnasiasten Petitionen, weil sie das diesjährige Abitur im Fach Mathematik als zu schwer empfunden haben und deshalb einen günstigeren Bewertungsschlüssel für die Benotung einfordern.

Wer diesen Kontext für zu polemisch einstuft, dem sei ein nüchternes Argument für den deutschen Bildungswahn an die Hand gegeben. Vor allem in städtischen Regionen liegt die Übergangsquote aufs Gymnasium bei bis zu 100 Prozent. Oft sind die Eltern die Antreiber. Glauben wir wirklich, dass alle Kinder und Jugendlichen das Abitur schaffen können?

Der Verfasser war bis 2002 Mitglied des Deutschen Bundestags. Heute lebt er als Publizist und freier Autor in Ravensburg.